

Bundeskanzleramt  
Bundeskanzlerin  
Angela Merkel  
Willi-Brandt-Straße 1  
10557 Berlin

8. April 2020

***per E-Mail***

### **Wiedereröffnung der Verkaufsstellen des Automobilhandels**

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

die Corona-Pandemie trifft Politik, Wirtschaft und jeden Einzelnen von uns mit nie erlebter Wucht. Alle Anstrengungen gelten der Rettung von Menschenleben, die Wirtschaft und die IG Metall unterstützen dieses Ziel ausdrücklich. Akut bedroht sind aber auch die wirtschaftlichen Existenzen zahlloser Unternehmen und die Arbeitsplätze ihrer Beschäftigten. Unser gemeinsames Anliegen ist es daher, wirtschaftliche Aktivitäten so schnell wie gesundheitlich verantwortbar wieder hochzufahren.

Die Automobilwirtschaft, für die wir sprechen, ist von der Krise besonders schwer betroffen. Aus vorangegangenen Gesprächen ist Ihnen die immer bedrohlicher werdende Situation bei Herstellern, Zulieferern und im Handel mit den insgesamt rund 1,3 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Deutschland bekannt. Bänder stehen still, Verkaufsräume müssen geschlossen bleiben, der Fahrzeugabsatz ist nahezu vollständig zum Erliegen gekommen. Noch können die wertvollen staatlichen Hilfsmaßnahmen das Schlimmste verhindern, aber nicht mehr lange. Die Zeit läuft gegen uns.

Unser gemeinsamer Vorschlag, um diese verhängnisvolle Entwicklung aufzuhalten, setzt am Ende der Wertschöpfungskette im Automobilgeschäft an: dem Verkauf an den Endkunden. Der Handel ist mit einer kaum noch zu verkraftenden Menge vorfinanzierter Lagerfahrzeuge konfrontiert, die er wegen der angeordneten Schließung seiner Verkaufsstellen stationär nicht mehr veräußern darf. Noch mehr Fahrzeuge kann er nicht aufnehmen. Damit kommen auch Zulieferung und Produktion zum Stillstand bzw. können nicht wieder angefahren werden. Unsere Bitte lautet daher, schnellstmöglich und in Abstimmung mit den Bundesländern den stationären Verkauf von Kraftfahrzeugen an Endkunden nach dem nächsten Treffen der Bundesregierung mit den Ministerpräsidenten der Länder wieder zu erlauben.

Wir äußern diese Bitte in der Überzeugung, dass der Infektionsschutz von Kunden und Mitarbeitern gerade im Automobilhandel in besonderem Maße gewährleistet werden kann. Die Verhältnisse sind geprägt von vergleichsweise großen Flächen und einer geringen Zahl gleichzeitig anwesender Kunden. Die Mindestabstände zwischen Personen von 1,5 bis 2 Metern können dort viel müheloser gewahrt werden als etwa in den derzeit zulässigerweise geöffneten Lebensmittelgeschäften, Baumärkten, Tierbedarfsgeschäften und Blumenläden. Schlangen an der Kasse, Gedränge an Regalen, das Wechseln von Einkaufswagen von Kunde zu Kunde sowie der ständige Austausch von Ware gegen Bargeld im persönlichen Kontakt kommen im Automobilhandel nicht vor. Die Desinfektion aller Be-

dienelemente und Türgriffe von Vorführ- und Ausstellungswagen einschließlich Desinfektion der Schlüssel nach jeder Benutzung sind dabei ebenso selbstverständlich wie der Ausschluss gleichzeitiger Anwesenheit von Verkäufer und Kunde im Fahrzeuginnenraum. Diese sinnvollen, vom Infektionsschutz vorgegebenen Verhaltensweisen werden von den Betrieben im Übrigen bereits beim Werkstattgeschäft im Umgang mit Kunden- und Werkstattersatzfahrzeugen verantwortlich ausgeführt. Gerade in Krisenzeiten ist der Arbeits- und Gesundheitsschutz im Sinne der Beschäftigten und Verbraucher ein unverzichtbares Gut. Die Unterzeichner werden sich vollumfänglich für die Einhaltung der vorgegebenen Maßnahmen einsetzen.

Die Erfüllung unseres Anliegens würde das Risiko der Insolvenz einer Vielzahl von Unternehmen in einer Schlüsselbranche Deutschlands mit allen sich daraus ergebenden volkswirtschaftlichen Konsequenzen und den finanziell wie sozial schwerwiegenden Folgen von Arbeitsplatzverlusten für die betroffenen Beschäftigten und ihre Familien minimieren.

Deshalb bitten wir Sie, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, sehr herzlich, die erbetene Erlaubnis der Wiedereröffnung des stationären Automobilhandels sobald es die Rahmenbedingungen erlauben zur Grundlage der weiteren Beratungen mit den Bundesländern zu machen und sich für eine schnellstmögliche bundesweite Umsetzung einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Hildegard Müller  
Präsidentin  
Verband der Automobilindustrie

Reinhard Zirpel  
Präsident  
Verband der Internationalen Kraftfahrzeughersteller e.V.

Jürgen Karpinski  
Präsident  
Zentralverband Deutsches  
Kraftfahrzeuggewerbe e.V.

Jörg Hofmann  
Erster Vorsitzender  
IG Metall